

Linke Politik heute

Die Macht- und Eigentumsverhältnisse des Kapitalismus in Frage stellen!

Vorbei sind für die Grünen die quälenden Zeiten, als sie noch um den Einzug in die Parlamente zittern mußten und wegen ihrer gesellschaftskritischen und pazifistischen Einstellungen den Haß der Etablierten aus Politik, Wirtschaft und Medien zu spüren bekamen. Gesellschaftskritik und Pazifismus gehören bei ihnen längst der Vergangenheit an. Heute sind sogar kriegerische Interventionen und Völkerrechtsbruch mit ihnen möglich, solange Geld und Posten winken. Nicht nur ihre aggressive Forderung nach deutscher Unterstützung des Libyen-Krieges macht deutlich: Die Grünen sind keine friedenspolitische Alternative zu den Konservativen und Wirtschaftsliberalen. Und wer Militäreinsätze und Luftangriffe fordert, kann nicht mehr ernsthaft für sich in Anspruch nehmen, Umweltschutzpartei zu sein. Krieg ist eine der schlimmsten Formen der Umweltzerstörung. Dennoch geben die Mainstream-Medien den Grünen das verlogene Image einer Partei, die für Menschenrechte, Frieden und ökologische Vernunft stünde. Bei den jüngsten Landtagswahlen konnten sie eindrucksvolle Wahlsiege feiern. Die Grünen sind – ähnlich wie die FDP vor zwei Jahren – im Aufwind. Und sie können sich auch für die Zukunft medialer Unterstützung sicher sein, denn sie haben sich im modernen Kapitalismus plüschig eingerichtet.

Reaktionen auf den Programmentwurf

Das Establishment muß die Grünen sicher nicht mehr fürchten, um so mehr aber eine Partei, die sich vorgenommen hat, linken Idealen treu zu bleiben und nicht so zu werden wie „jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind“. Das verspricht der Programmentwurf der LINKEN. Keine andere der im Bundestag vertretenen Parteien wird von der politischen Konkurrenz und den Massenmedien ähnlich abwertend und ausgrenzend behandelt. Die Welle der heftigen Angriffe hat auch nicht vor dem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm Halt gemacht. Dieser betreibe eine „rigide Sozialdemagogie“ und einen „populistischen Pseudopazifismus“, schäumten einflussreiche Meinungsmacher. Besonders wütend griffen führende Sozialdemokraten den Programmentwurf an. Die Generalsekretärin und Vertreterin der SPD-„Linken“, Andrea Nahles, sah darin „DDR-Nostalgie“ und „kleinbürgerliche Allmachtsphantasien“ aufleben und meinte: „Wer den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO fordert, kann für die SPD kein Bündnispartner sein.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, bescheinigte dem Entwurf „neokommunistische

Grundzüge“ und stellte klar: „Wenn das Programm so kommt, dann wird es auf sehr lange Sicht keine Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei auf Bundesebene geben können.“

Die Ansage von Oppermann und Nahles formuliert der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel als Auftrag an die „Reformer“ in der LINKEN: Diese „müssen endlich mal kämpfen um ihre Partei! Ob sie sich durch-



setzen, werden wir erst wissen, wenn Die Linke ihr Grundsatzprogramm beschließt.“ Soweit die SPD-Prominenz. Auch in den Reihen der LINKEN hat der Programmentwurf manch harsche Reaktion erfahren. So wurde kritisiert, dieser male eine „Horrorwelt“, welche von einigen hundert Unternehmen und Individuen beherrscht werde und sich am Abgrund befände. Vertreter des „Forums Demokratischer Sozialismus“ attestieren dem Kapitalismus sogar „potentielle Friedensfähigkeit“ und halten es für falsch, jeden Militäreinsatz der Bundeswehr und NATO abzulehnen.

Kapitalismus darf nicht verharmlost werden!

Bei der Basis der LINKEN hingegen erfährt der Programmentwurf in seiner grundsätzlichen Ausrichtung – anders als von den meisten Medien immer wieder dargestellt – prinzipiell Zustimmung. Davon zeugen nicht zuletzt die zahlreichen positiven Stellungnahmen. Sicher gibt es noch Verbesserungs- und Ergänzungsbedarf. Viele Beiträge und Zuschriften aus der Parteibasis liegen vor, die genau das erreichen wollen. Der gegenwärtige Kapitalismus etwa ist in Wirklichkeit noch verkommener als im Entwurf beschrieben. Über 100 000 Menschen verhungern jeden Tag auf dieser Welt oder sterben qualvoll an Hungerfolgen. Rund eine Milliarde Menschen ist chronisch unterernährt. Mehr als 100 Millionen Menschen

wurden allein aufgrund des schweren weltweiten Finanzcrashs in die Armut gedrängt. Hunger und Elend in der „Dritten Welt“, Atomlobbyismus, Libyen-Krieg, brutale Kürzungspakete zu Lasten der Bevölkerung in den europäischen Staaten wie auch in den USA und vieles mehr belegen die zerstörerische Kraft und Verkommenheit eines Systems, in welchem der Profit das Maß aller Dinge ist. Wer die vielen Grausamkeiten und das Elend auf der Erde beschreibt, malt ganz bestimmt keine „Horrorwelt“. Er spricht nur aus, was für Millionen Menschen bittere Wirklichkeit ist. Wer verändern will, muß aber sagen, was ist und was man tun kann, statt Schönfärberei zu betreiben. Dies schließt ein, mit dem Mythos des „friedensfähigen Kapitalismus“ aufzuräumen. Nicht zuletzt die Kriege des Westens gegen Irak, Jugoslawien, Afghanistan und nun Libyen und die erneut gestiegenen Rüstungsausgaben bestätigen die kriegerische Tendenz, die dem Kapitalismus innewohnt. Über 1,6 Billionen Dollar wurden 2010 weltweit für Rüstungsausgaben verpulvert – ein neues Rekordhoch. Führend sind dabei die USA. Dem Kapitalismus Friedensfähigkeit zu unterstellen wäre ähnlich absurd wie der Gedanke, daß ihn sein Profitstreben dazu befähige, dauerhaft für hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen, sichere Renten und kostenlose Gesundheitsbetreuung zu sorgen. Soziale, friedenspolitische und ökologische Zugeständnisse – letzteres hat nicht zuletzt der heftige Streit mit den Atomlobbyisten gezeigt – müssen vielmehr gegen den Widerstand der Kapitalmächtigen erstritten werden. Frieden ist möglich, aber in Auseinandersetzung mit der bestehenden Ordnung, keineswegs indem man sich mit und in ihr einrichtet. Solange privatkapitalistisches Eigentum die Wirtschaft maßgeblich bestimmt, entscheiden eben nicht gesellschaftliche und menschliche Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit, Solidarität und Frieden, sondern allein die erwartete Rendite. Und die spielt letztlich auch beim NATO-Krieg gegen Libyen eine Rolle.

Establishment fürchtet eine einflussreiche Linke

Natürlich geht es dem Establishment und der SPD-Spitze weder darum, den Kapitalismus so zu zeichnen, wie er wirklich ist, noch wollen sie eine Verständigung über inhaltliche Zukunftsfragen im Interesse der Bevölkerung. Sie gehen vielmehr auf Distanz zu den antikapitalistischen, sozialen und friedenspolitischen Grundaussagen des Programmentwurfs der LINKEN. Nicht zuwenig Systemkritik, sondern zuviel Antikapitalismus stört sie. Nicht zuwenig Friedenspolitik, sondern die unmißverständliche Absage an jedwede Militäreinsätze geht ihnen gegen

den Strich. Ihre massiven Angriffe bezwecken daher nichts anderes als die Beerdigung der Kerninhalte des Programms. Da aber für sie immer klarer wird, daß es in der LINKEN keine Mehrheit für eine Verwässerung des politischen Profils gibt, brechen die Mainstream-Medien eine Personaldebatte vom Zaun. Daß von ihrer Seite versucht wird, die Parteiführung der LINKEN zu demontieren, ist nicht neu. Von ihnen kann man nichts anderes erwarten. Problematisch ist allerdings, daß bekannte Funktionsträger aus den eigenen Reihen sich an dieser Demontage beteiligen.

Die Motive für die Angriffe der politischen Gegner liegen auf der Hand. Die Machthaber fürchten eine LINKE, die der Sehnsucht der Bevölkerung nach Frieden, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit eine laute, unüberhörbare Stimme gibt. Und vor allem fürchten sie eine stärker werdende linke Partei, die Multimillionäre nicht länger mästen will und ein ökonomisches System in Frage stellt, welches Reiche reicher und die Mehrheit der Bevölkerung ärmer macht. Angst vor einer starken LINKEN hat insbesondere auch die Sozialdemokratie, an deren Spitze nach wie vor Leute stehen, die für die rücksichtslose Durchsetzung des größten Sozialraubs der deutschen Nachkriegsgeschichte verantwortlich waren. Leute, die weiterhin für NATO-Hörigkeit, militärische Gewalt und immer noch – auch wenn dies in den Medien oftmals unterschlagen wird – zum Kern der neoliberalen Agenda-2010-Politik stehen: Hartz IV, rüdem Lohndumping und massiven Rentenkürzungen. Nichts erachtet die SPD-Spitze offenbar so sehr als Gefahr wie eine starke linke Kraft, die sie mit konsequenten Forderungen vor sich hertreibt und möglicherweise zu Kurskorrekturen drängt. Ihre Absicht, daß DIE LINKE sich selbst schwächt oder gar überflüssig macht, indem sie ihr Profil verwässert, ist erklärbar. Allerdings wäre diese schlecht beraten, wenn sie ausgerechnet einem Kurs folgen würde, der bereits der SPD einen massiven Mitgliederschwund und politischen Niedergang beschert hat. Auch nach den enttäuschenden Wahlergebnissen bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gibt es für DIE LINKE keinen Grund, die eigenen sozialen und friedenspolitischen Positionen unscharf zu machen, um dadurch leichter mit Grünen und Sozialdemokraten koalieren zu können. Vielmehr sollte es darum gehen, daß sie ihren politischen Kurs selbstbewußter und offensiver vertritt. DIE LINKE muß sich zudem stärker mit dem „Ökokapitalismus“ der Grünen auseinandersetzen.

500 Konzerne bestimmen die Weltpolitik

Etwa 500 Wirtschaftsriesen beherrschen heute ungefähr die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung. Die Politik bestimmt



Die Kanzlerin und ihr Chef Josef Ackermann haben gut lachen

schon lange nicht mehr die Rahmenbedingungen für die Unternehmen, sondern die Konzerne selbst sind es, die der Politik den von ihnen gewünschten Rahmen aufnötigen, um das für sie renditeträchtige Umfeld zu schaffen. Illusorisch ist es daher auch, unter den heutigen Voraussetzungen immer noch daran festzuhalten, nur durch ein paar Gesetze ließen sich etwa die Energiekonzerne E.ON und RWE zu Vorkämpfern einer Solarrevolution oder die privaten Großbanken zu Freunden von Kleinsparern und großzügigen Kreditgebern für Hartz-IV-Betroffene machen. Natürlich spricht nichts dagegen, sich für Regelwerke einzusetzen, welche die soziale Lebenslage der Mehrheit verbessern oder die Finanzmärkte regulieren helfen. Forderungen nach Besteuerung von Finanztransaktionen und Kapitaleinkommen, Verbot von Hedgefonds, Private-Equity-Gesellschaften und riskanten Finanzinstrumenten, Schließung von Steueroasen und weitere



Regulierungsmaßnahmen bleiben zweifellos richtig. Sie reichen allerdings nicht aus, um die Geld-Industrie unter demokratische Kontrolle zu bringen und künftige

Finanzcrashes zu verhindern. Man darf eben nicht in den Aberglauben verfallen, nur durch ein paar bessere Regeln könne man dem Kapitalismus eine komplett andere Entwicklungsrichtung aufnötigen. Denn bei jedem neuen Regelwerk setzen die Zentren der Konzerne alle Hebel in Bewegung, um Tricks und Hintertürchen zu finden, wie man diese unterlaufen könnte. Riesige Kanzleien und Unternehmensberater wie McKinsey oder Freshfields Bruckhaus Deringer und weitere Beraterstäbe stehen dafür zur Verfügung. Immer stärker nehmen die Kapitalmächtigen auf direktem Wege Einfluß auf politische Weichenstellungen. Im Lobbydrängen rund 15 000 Lobbyisten die Institutionen

der Europäischen Union zu Optionen, welche mächtige Konzerne und Banken begünstigen. Die Bürokratenclique in den EU-Gremien gewährt den Lobbyisten leichteren Zugang zu Entscheidungsprozessen und weitere Privilegien, von denen Vertreter sozialer und ökologischer Bewegungen nur träumen dürfen. So wird die ohnehin schon arg gebeutelte „Parlamentsdemokratie“ durch den massiven Einfluß der Kapitalmächtigen und deren Lobbygruppen noch weiter untergraben.

Erpressungspotential der Finanzhaie überwinden

Wie gefährlich die Macht der Banken ist, zeigt sich auch bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Hunderte Milliarden Euro werden für Bankenrettungspakete verschleudert. Aber nicht den Verursachern der Krise, sondern der Bevölkerungbürdet man die immensen Kosten auf. Das renditegetriebene Geschäftsgebaren der Privatbanken aber bleibt im Grunde unangetastet, die Spekulation darf weiterhin blühen – zunehmend auch auf den Rohstoffmärkten. Die mächtigen Finanzinstitute haben sich in den entscheidenden Fragen durchgesetzt. Geschafft haben sie das nicht zuletzt mit der Androhung des totalen Zusammenbruchs der Wirtschaft. Das Erpressungspotential der Finanzhaie sowie der enorme Einfluß der Konzerne und Wirtschaftsmächtigen auf die Politik ist nur durch eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse zu überwinden. Linke Politik heute bedeutet deshalb vor allem, die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen – insbesondere dort, wo Unternehmen so viel Potenz entwickeln, um damit jede grundlegende Veränderung zu blockieren, die ihren Interessen widerspricht. Wer aber den Menschen einredet, fundamentale ökonomische und soziale Umwälzungen ließen sich auch auf leichtere Art durchsetzen, der macht ihnen etwas vor.

Sahra Wagenknecht

Die Autorin dieses exklusiv für den „RotFuchs“ geschriebenen Beitrags ist stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke.

Der tödliche Ring

Vor 70 Jahren begann die 900tägige Hungerblockade Leningrads

Die „Informationspflicht“ der Medien ist natürlich selektiv. Es gibt Themen, bei denen sie sich dumpf bis bedeckt halten. Nehmen wir nur das grausige Kapitel der Hungerblockade von Leningrad 1941 bis 1944, die man nur schwer den „Greuelthaten des Kommunismus“ zuordnen kann. Es wird auch zum 70. Jahrestag des Würgegriffs vermutlich kein „ZDF-spezial“ geben, denn da hatten ja nur die „Ruthe-“ (ein faschistischer Spezialbegriff für „Russen“) leiden müssen.

Nach drei Monaten Vormarsch rückten die deutsch-faschistischen Vandalen in die Zaren-schlösser von Pawlowo, in das Katharinapalais von Puschkino und in Peterhof ein, wo sie gleich kräftig ausräumten. Die Herren Ritterkreuzträger entdeckten sich plötzlich als „Kenner“, ja als „Liebhaber“ und bedienten sich mit Gold, Schmuck, Edelsteinen, Gobelins und Kristallvasen, mit Gemälden und Miniaturen, bevor Luftmarschall Göring selbst zugriff. Der vor dem Schloß stehende goldene Samson – das Symbol des Sieges Peters I. über die Schweden – wurde kurzerhand eingeschmolzen.

Auf den Pulkowo-Höhen, neben der bekannten Sternwarte und unmittelbar vor Leningrad, brachte die Wehrmacht ihre Geschütze in Stellung, um am 8. September 1941 den tödlichen Ring des Hungers endgültig zu schließen. Die Stadt war weder auf einen Krieg noch auf eine Belagerung vorbereitet. Sie verfügte nur über dürftige Lebensmittelvorräte. Die Bada-jew-Lagerhäuser, wo die bescheidenen Reserven lagerten, wurden schon in den ersten Wochen mit Brandbomben belegt, so daß sich in der ganzen Stadt der Geruch einer süßlichen Mischung aus brennendem Zucker und ätzendem Mehlauch verbreitete. Der Hunger begann bereits im November. Der besonders strenge Winter 1941/42 stand noch bevor. Schon anfangs starben täglich etwa dreitausend Menschen, an einzelnen Tagen waren es sogar 20 000 – bei 125 Gramm Brot für die überwiegend nichtarbeitende Bevölkerung. Die gesamte Industrie, außer Betrieben, die unmittelbar für die Front arbeiteten und z. B. Panzer oder andere Militärfahrzeuge reparierten, war stillgelegt worden. Die Arbeitenden erhielten das Doppelte der Mindestration, also 250 Gramm Brot, ebenfalls zum Daseinserhalt zu wenig. Weitere Nahrungsmittel gab es nicht. Die wenigen Bäckereien waren auf die Versorgung über den „Weg des Lebens“, d. h. über den zugefrorenen Ladogasee, angewiesen.

Schon beim Anstehen nach der kargen Ration fielen immer wieder Menschen plötzlich tot um. Die Leichen wurden zügig abtransportiert, Abteilungen freiwilliger Komsomolzen sorgten (bei der genannten Brotration) für die Bestattung. Sie erfolgte meist in Massengräbern bei der stadtnahen Siedlung „Piskarjow“. Hier entstand



Diese Skulpturengruppe erinnert an Leid und Größe der Opfer der Hungerblockade.

in den Nachkriegsjahren der bekannte Piskarjow-Memorial-Friedhof mit einer mächtigen Statue „Mutter Heimat“ und der in den Granit gemeißelten Mahnung der Dichterin Olga Fjodorowna Bergholz, welche die Stadt wie Dmitrii Schostakowitsch und andere prominente Kulturschaffende nicht verlassen hatte: „Hier liegen Leningrader, Einwohner der Stadt, Männer, Frauen und Kinder, neben ihnen Rotarmisten. Mit ihrem Leben haben sie dich, die Wiege der Revolution, verteidigt. Ihre edlen Namen können wir hier nicht aufzählen, so viele liegen unter dem Schutz des Granits, aber sei dessen gewiß: Nichts ist vergessen, niemand ist vergessen.“ Eine zügige Bestattung der Toten war nötig, um Seuchen zu vermeiden. Deshalb befanden sich die gesundheits-hygienischen Dienste unermüdlich im Einsatz. Leningrad blieb während der 900tägigen Blockade seuchenfrei. Tiere, die Infektionen hätten übertragen können, bis hin zu Ratten, gab es ja nicht mehr, weder Hunde noch Katzen. Alles war aufgegeben worden.

Die Journaille will heute natürlich davon gehört haben, daß auch Kannibalismus festgestellt worden sei. Sie „vermutet“ ihn aber nicht, um die furchtbare Lage der Menschen zu verstehen, sondern um „die Russen“ noch nachträglich in die Nähe von Menschenfressern zu bringen. Ja, es gab Kannibalismus – im gesamten Stadtgebiet

wurden während der Blockade etwa 600 Gerichtsverfahren deswegen eingeleitet. Die Menschen wurden nicht erschlagen, um sie zu verzehren, sondern steif gefrorenen Toten entnahm man Weichteile, um vielleicht doch noch ein paar Tage länger überleben zu können.

Der eiserne Wille der Leningrader, die Stadt um keinen Preis den deutschen Faschisten auszuliefern, war einhellig und ist später durch aufgefundene sowjetische und deutsche Geheimberichte bestätigt worden. Der Sieg der Unbewaffneten wurde gegen Hunger, Bombardierung und Artilleriebeschuss, gegen „Tiger“ und „Ferdinand“ errungen. Auf dem Newski-Prospekt wird bis heute eine Inschrift behütet: „Wegen des Artilleriebeschusses benutzen Sie besser die andere Straßenseite.“ Da Leningrad „lediglich“ belagert, aber nicht umkämpft wurde, blieb der Stadt die Totalvernichtung, wie sie Smolensk und Minsk erlebten, erspart. Die Schäden hielten sich in Grenzen. Etwa 3000 zivile Gebäude wurden beschädigt oder zerstört. Die Perlen, so die Admiralität, die Isaak-Kathedrale oder das Winterpalais/Ermitage, blieben weitgehend verschont.

„Radio Leningrad“ schweißte die Bevölkerung der Newa-Metropole täglich fester zusammen, stärkte ihren Willen, in der Stadt auszuharren. Der Sender war eine einzigartige Station, die während der ganzen Blockade ihren Betrieb niemals unterbrach. Sie wurde über verkabelte Lautsprecher – die privaten Empfangsgeräte hatte man 1941 eingesammelt – empfangen. Deren Stimme war in den Wohnungen, Heimen, Bunkern und auf den Straßen allgegenwärtig. Übertragen wurde Agitprop. Schließlich war Krieg. Dennoch bot man den darbenenden Menschen über die Nachrichten hinaus manche Abwechslung. „Radio Leningrad“ berichtete z. B. über kulturelles Leben in der umzingelten Stadt. Das gab es tatsächlich. So komponierte Dmitrij Schostakowitsch im Hungerring seine berühmte „Leningrader Symphonie“, die eine öffentliche Aufführung durch das geschwächte Leningrader Symphonieorchester erlebte.

Gesendet wurde nicht nur in Russisch, sondern auch in Fremdsprachen, darunter Deutsch, Estnisch und Finnisch. Den Sender speiste man täglich in das Radio-Netz der Union ein, so daß er auch im „Reich“ gehört werden konnte. Da die Sprecher ständig Listen mit den Namen neu in sowjetische Gefangenschaft geratener deutscher Militärs verlasen, weckte das

bei den Angehörigen vorsichtiges Interesse.

Uns war es vergönnt, mit Überlebenden der Blockade zu sprechen und dabei außergewöhnliche Erkenntnisse zu gewinnen. „Wissen Sie, Walter, es ist mir fast unmöglich zu rekapitulieren, was wir eigentlich gegessen, wovon wir gelebt haben“, sagte Tatjana Milowanowa. „Ich habe darüber nie nachgedacht. Sie sind überhaupt der erste, mit dem ich über diese Jahre spreche.“ So tief war die Traumatisierung. Marina Kustowa berichtete, daß sich die Komsomolzen bei Fliegeralarm nicht in die Keller verzogen hätten, sondern auf die Dachböden gestiegen seien, um Bomben sofort begegnen zu können.

Eines der tragischsten Kapitel dieser Hungerblockade bestand darin, daß schon bald nach der Schließung des Ringes die Trinkwasserversorgung versiegte. Außerdem konnten die Wohnungen nicht mehr beheizt werden. Viele Fensterscheiben waren durch die Bombardements zerborsten, in den Wohnungen herrschten fast Außentemperaturen. Die Menschen verbrachten ihre Zeit im Liegen, inmitten von Halbdunkel und Kälte.

Ein wenig Wasser mußte dennoch herbeigeschafft werden. So zog die ganze Stadt an die winterliche Newa, um sich aus riesigen Eislöchern zu versorgen. Das Wasser war genießbar, da es keine funktionierende Kanalisation und praktisch keine industriellen Abwässer mehr gab. Zunächst mußte man aufpassen, nicht selbst in das Eisloch zu rutschen. Wenn man endlich den Eimer herausgehievt hatte, ging es die zugeschneiten und vereisten Treppen hinauf auf die Straße, welche natürlich nicht geräumt war. So pilgerten täglich Tausende und Abertausende mit kleinen Schlitten über drei, vier und mehr Kilometer an den Leben spendenden Fluß.

Das eigentliche Martyrium begann aber erst am Hausaufgang, da das kostbare Naß meist einige Stockwerke hochgeschleppt werden mußte. Im Treppenhaus herrschten Außentemperaturen. Jeder verschüttete Tropfen gefror sofort zu Eis. Im Laufe der Wochen wurde die Treppe, selbst bei größter Vorsicht, zu einer gefährlichen Schlitterbahn, die es mit letzten Kräften zu überwinden galt.

Völlig erschöpft sanken die Wasserträger, die so für ihre Familien gesorgt hatten, auf irgendeine Couch, während sich zur gleichen Zeit die faschistischen Belagerer in den Zarenschlössern vor Leningrad lümmelten, um genau nach Plan die Stadt mit ihren todbringenden Granaten zu belegen.

Vom ersten Tag der Blockade an galt die besondere Fürsorge der sowjetischen Verwaltungsorgane den hilflosen alten Menschen, Müttern und Kindern. Als die Belagerung nach einigen Monaten zum Alltag geworden war, unternahmen sie Schritte zur Evakuierung dieser besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Sie erfolgte im Herbst mit Booten, später dann über das Eis des Ladogasees.

Wenn die wackligen Laster sich endlich auf diesem befanden, kreisten die faschistischen Bomber schon wie Aasgeier in der Luft, denn auch Frauen und Kinder betrachteten sie als „Ziele“. Dabei mußten sie die LKW gar nicht direkt treffen. Es genügte, das Eis im Umkreis zu bombardieren, damit die Fahrzeuge mit Mann und Maus in den eisigen Fluten versanken. Die voranfahrenden wie die nachfolgenden Lastwagenfahrer sahen im Halbdunkel eine Tragödie, die ihnen selbst jede Minute drohen konnte. Natürlich waren Flak-Scheinwerfer der Roten Armee eingeschaltet, selbstverständlich wurde auf die Angreifer geschossen. Die sehr schnellen Maschinen der Faschisten wichen dem Feuer jedoch aus. Unzählige Leningrader versanken im Glauben an ihre unmittelbar bevorstehende Rettung. Auf dem gegenüberliegenden Festlandsufer waren jene, welche es erreichten, damit endlich geboren. Den entkräfteten „Passagieren“ halfen viele Hände von den Ladeflächen der LKW. Anschließend wurden sie entlaust und gewaschen. Man behandelte Krätze und Wunden, hüllte die in Sicherheit Gebrachten in warme Decken ein. Sie bekamen heißen Tee, sogar mit Zucker, vorsichtig etwas Eßbares, woran die ausgemergelten Körper erst behutsam wieder gewöhnt werden mußten. Nach einigen Tagen der Ruhe wurden die Geretteten tief ins Hinterland, zur Rückkehr ins Leben, gebracht.

Viele Leningrader Kinder kamen nach Iwanowo – eine Stadt mit langer, auch internationalistischer Tradition – in eine solche Betreuung. Bei den dort Eintreffenden handelte es sich vorwiegend um Waisenkinder, deren Verwandte an Hunger gestorben waren. Man gliederte sie in ein gut funktionierendes Schulsystem ein, so daß viele von ihnen später das Studium aufnehmen konnten. Die Kindereinrichtungen von Iwanowo ersetzten so auf Dauer Eltern und Heimat. Diese Leningrader wurden dann Geologen, Piloten oder Lehrer.

Die „Endlösung“ der faschistischen Aggressoren sah vor, die Bevölkerung in der Stadt an der Newa durch Seuchen auszurotten. Die Freiwilligenabteilungen der Jugend konnten das durch ihren heldenhaften Einsatz verhindern. Hitler hatte seiner Wehrmacht befohlen, selbst nicht in die dahinsiechende Stadt einzurücken, die ihnen früher oder später kampflös in die Hände fallen würde. Andere Ausrottungspläne sahen vor, Leningrad kurzerhand zu fluten und die Menschen zu ertränken. Das war ein Teil der angestrebten Totalvernichtung slawischer „Untermenschen“. Die sowjetische Führung drehte den Spieß aber um, indem sie den ursprünglich von ihr abgelehnten Panslawismus in Europa und den USA wiederbelebte, was private Spenden in erheblichem Umfang einbrachte.

Im Januar 1944 stießen die Belorussische, die Baltische, die Leningrader und die Wolchow-Front der Roten Armee auf den Todesring vor, um ihn am 27. September endgültig zu sprengen. So gewann die Stadt ihre lebendige Verbindung mit der

Heimat zurück, während die Eindringlinge – wie bereits seit Stalingrad – einen nicht mehr zum Halten kommenden Rückzug antraten.

Am Ende der zum Leningrader Flughafen führenden Moskauer Chaussee steht ein imposantes Denkmal mit einem gigantischen Ring, der einen Spalt aufweist. Es symbolisiert den auch an der Leningrader Front errungenen Sieg über die faschistischen Barbaren.

Heute wird uns St. Petersburg – besonders von der florierenden Tourismusbranche – als „moderne“ Stadt angepriesen. Sofort nach dem Abzug der Belagerer hatten die Einwohner damit begonnen, ihre demolierte Stadt und die Zarenschlösser in der Umgebung, zum Teil mit bloßen Händen, wieder aufzubauen. Die Partei- und Sowjetorgane unterstützten dieses Bestreben nach Kräften. Unverzüglich wurden aus der kämpfenden Truppe Restauratoren und sonstige Fachleute abgezogen. Mit Herzblut setzte man Stein auf Stein. Die Schlösser erstanden in alter Pracht, der goldene Samson steht wieder in Peterhof, und aus dem Nichts wurde das geraubte Bernsteinzimmer neu erschaffen.

Heute haben an der Newa wie in zaristischen Zeiten Oligarchen das Sagen. Sie feiern ihre prunkvollen Hochzeiten und Jubiläen im Katharinapalais. St. Petersburg – in unseren Gedanken nach wie vor Leningrad – ist tief zerrissen. Einerseits lebt dort die Stammbevölkerung, darunter auch noch Menschen, die den ersten Schutt beseitigt haben, andererseits herrschen „veränderte Besitzverhältnisse“, unter denen alles käuflich erworben werden kann – selbst Filetstücke am Newski-Prospekt. Erst unlängst mit Mühe restaurierte Gebäude haben Casinos, Luxushotels, Kaufhäusern und Spielsalons weichen müssen. Eine zahlungskräftige Lobby – mit milliardenschweren Baulöwen an der Spitze und durch eine korrupte Stadtverwaltung beschirmt – sorgt dafür, daß jeglicher Widerstand gegen solche „Modernisierung“ der mit Lenins Namen verbundenen Stadt abgewürgt wird.

Walter Ruge

Am 7. Juni wird der Nestor unserer Autoren, der leidgeprüfte und standhafte Kommunist

Walter Ruge

– gewissermaßen „ein deutscher Sowjetmensch“ – 96 Jahre alt. Was könnte seine geistige Frische, sein allzeit waches antifaschistisches Engagement und seine außergewöhnlichen Fähigkeiten als Autor besser unterstreichen als der hier abgedruckte Beitrag! Wir – die Schar Deiner Gratulanten – lieben und verehren Dich, lieber Walter!

Eine Umarmung in herzlicher Verbundenheit und Freundschaft, Deine RotFüchse.